

Band 42

Privatvermögen, Gesellschaft und Corporate Governance – neue Perspektiven für die Vermögensbildung

INHALTSVERZEICHNIS

VORTRÄGE UND DISKUSSIONEN

ECKART JOHN VON FREYEND

Begrüßung. 7

PETER BADURA

Laudatio auf Fritz-Heinz Himmelreich 9

FRITZ-HEINZ HIMMELREICH

Erwiderung auf die Laudatio von Peter Badura 17

BERND RÜTHERS

Ergänzung 23

ECKART JOHN VON FREYEND

Eröffnung. 29

WEYMA LÜBBE

„Eigenverantwortung“ und „Benachteiligung“ –

Ein philosophischer Kommentar zu zwei politischen Begriffen 33

Diskussion. 47

MICHAEL ZÖLLER und KURT F. VIERMETZ

Vermögensbildung und Evolution der Gesellschaft –

Ein europäischer Blick auf die USA. 63

Diskussion. 91

BERT RÜRUP

Vermögensbildung nach dem Altersvermögensgesetz 113

GERHARD FELS

Kapitalbildung für mehr Arbeit 123

Diskussion zu den Vorträgen von Bert Rürup und Gerhard Fels. . . 139

FRIEDRICH MERZ

Den Arbeits„markt“ in Ordnung bringen	165
Diskussion	179

HANS SCHREIBER

Vermögensbildung und Vorsorge –	
Die Beiträge der Unternehmen	215
Diskussion und Verabschiedung	227

ANHANG

Gremien der Walter-Raymond-Stiftung	241
Referenten	245
Teilnehmer	257
Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung	265

Eckart John von Freyend **Eröffnung**

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach der gestrigen Laudatio auf meinen Vorgänger in diesem Amt, Fritz-Heinz Himmelreich, eröffne ich nun den fachlichen Teil des 40. Kolloquiums.

Mit ihren Kolloquien ist die Walter-Raymond-Stiftung der Ort in den deutschen Arbeitgeberverbänden, an dem in besonderer Weise das offene Gespräch stattfindet – über geistige Strömungen, über Werte und ihren Wandel und über die langfristige politische Agenda. Sie ist ein guter Nährboden für intellektuelle Produktivität und freundschaftliche Beziehungen. Der liberale Diskurs ist und bleibt auch zukünftig das Markenzeichen der Walter-Raymond-Stiftung.

Diesmal geht es um neue Perspektiven der Vermögensbildung. Eigentumsordnung und Vermögensverteilung sind seit jeher entscheidende Marksteine für Stabilität oder eben auch Instabilität offener Gesellschaften. Deshalb ist Vermögensbildung und Vermögensbeteiligungspolitik zu allen Zeiten ein wichtiges Thema und ein wichtiges gesellschaftspolitisches Grundanliegen der deutschen Arbeitgeber gewesen.

Hanns Martin Schleyer hat gesagt: „Das Streben nach Eigentum entspricht der Würde des Menschen“. In seinen Thesen von 1968 sah er in der Vermögensbildung und speziell im Beteiligungssparen nicht nur ein Instrument, sondern eine Dimension der sozialen Integration. Schleyers Vorstoß ist seiner Zeit an der Befürchtung der Arbeitgeber an einer Überparität der Arbeitnehmer bei der Mitbestimmung gescheitert. Dies war bei der damals vorgesehenen gewerkschaftlich domi-

nierten Verwaltung der Mittel, die zu einer ganz anderen Form der „Corporate Governance“ - wie wir heute sagen würden - hätte führen können, auch nicht von der Hand zu weisen. Seine Ideen sind aber aktuell geblieben.

Heute managen renditeorientierte Fonds das Beteiligungskapital der Arbeitnehmer. Herr Viermetz hat dazu an anderer Stelle als Vizepräsident von J.P. Morgan sehr treffend gesagt: „ (...) Die gesammelte Expertise der Wall Street kann jeder Zeit höhere Renditen für die zurückgelegten Gelder erarbeiten als jedweder Bürokrat (...)“. Es geht bei der Mitwirkung über Aktien heute nicht mehr um soziale Gräben oder ideologische Konflikte, sondern um das Spannungsverhältnis von Stabilität und Risikobereitschaft einer Volkswirtschaft und Gesellschaft insgesamt.

Mit dem Altersvermögensgesetz hat ein fundamentaler Wandel stattgefunden. Es ist der Einstieg in die kapitalgedeckte Altersvorsorge. Das Prinzip der streng paritätischen Finanzierung gilt nun nicht mehr: Geförderte Altersvorsorge steht allen Arbeitnehmern offen, ohne allerdings die Arbeitgeber zu einem gleich hohen Beitrag zu verpflichten. Gleichwohl ermuntert es die Unternehmen aber qualifizierte Altersvorsorgepläne zu fördern – durchaus im wohlverstandenen Eigeninteresse. Und es enthält Gestaltungsspielräume für die Tarifvertragsparteien. Die demographische Entwicklung lässt sich nicht länger tabuisieren, die Spielräume der öffentlichen Haushalte werden auf absehbare Zeit eng bleiben und der europäische Stabilitätspakt begrenzt größere Ausweichmanöver über erhöhte öffentliche Verschuldung. Die Chancen für einen neuen Anlauf in der langfristigen Vermögensbildung stehen also nicht schlecht.

Die Auffassungen darüber, ob dieser erste Schritt in die kapitalgedeckte Altersvorsorge ausreicht oder weiter hätte greifen müssen, divergieren noch stark. Wir werden dies heute Nachmittag mit Professor Rürup ausführlich diskutieren können. In jedem Fall scheint mir dieser Weg unumkehrbar. Vergleicht man die Durchführungswege des Gesetzes mit denen des Schleyer-Planes von 1968, dann komme ich für mich zu dem Ergebnis, dass Schleyers Absichten im Grundsatz jetzt erfüllt werden, nach fast 35-jähriger Verzögerung.

Meine Damen und Herren,
 Stabilität und Risikobereitschaft sind auch Herausforderungen für die Unternehmen. Für Innovation und Wachstum brauchen sie modernes Sachkapital und qualifizierte Mitarbeiter. Mit dem schnellen Strukturwandel auf den Märkten muss sich die Kombination von Kapital und Arbeit permanent ändern. Dabei liegt die unmittelbare Anpassungslast beim Faktor Arbeit. Deshalb ist es eine zielführende Idee, aus Betroffenen Beteiligte zu machen. Belegschaftsaktien und Optionen setzen hier an. Gerade für junge Unternehmen sind Aktienoptionen ein wichtiges personalpolitisches Instrument. Sie schaffen Identifikation und Motivation, und sie finanzieren das Unternehmenswachstum mit. Freilich haben Aufstieg und Fall so vieler Unternehmen am Neuen Markt erneut bestätigt, dass Aktien nicht nur Chancen bergen, sondern auch Risikopapiere sind. Um wirklich eine Kultur der Teilhaberschaft zu prägen, darf der Beteiligungsgedanke nicht auf Unternehmen in den volatilen neuen Marktsegmenten beschränkt bleiben. Er bedarf einer breiten Fundierung in New und Old Economy; und über das Segment der Aktiengesellschaften hinaus in den bedeutenden Bereich der Personengesellschaften.

Deutschland ist nach wie vor ein Entwicklungsland, was den Anteil der Aktionäre an der Gesamtbevölkerung angeht. Das gilt auch für das Angebot an heimischen Aktien. Die Zahl der Aktiengesellschaften ist seit 1990 deutlich gestiegen, sie hat sich immerhin etwa verfünffacht. Der Anteil der AGs an allen Unternehmen liegt aber immer noch unter 1%.

Ein Überangebot haben wir dagegen offenbar bei den Arbeitskräften. Was geschehen sollte, um die Kapitalbildung für mehr Arbeit in Deutschland zu verbessern, werden wir mit Professor Fels diskutieren. Morgen steht dann die Ordnungspolitik im Mittelpunkt. Ludwig Erhards Botschaft „Wohlstand für Alle“ hatte annähernde Vollbeschäftigung zum Hintergrund. Heute beobachten wir die Ausgrenzung großer Personengruppen vom Arbeitsmarkt. Dieser Markt ist im Gegensatz zu den Kapital- und Gütermärkten streng reglementiert. Wo eine der Art strikte Ordnung herrscht, ist für Ordnungspolitik wenig Platz. Denn bei der Ordnungspolitik geht es ja gerade um einen Rahmen, in dem Entscheidungsfreiheit des Individuums erhalten bleibt und möglich wird. Welche politischen Strategien für die Neuordnung des Arbeitsmarktes

und darüber hinaus notwendig sind, darüber wird der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Friedrich Merz, seine Vorstellungen entwickeln. Gerne hätten wir auch die ordnungspolitischen Vorstellungen der Bundesregierung zur Vermögenspolitik aufgenommen und diskutiert. Leider war auf entsprechendem Level keiner der Angesprochenen abkömmlich. Zum Abschluss des Kolloquiums wird dann Herr Schreiber – Vorstandsvorsitzender der Mannheimer Versicherungen und Mitglied des BDA-Präsidiums – über die Position der Arbeitgeberverbände, über den Beitrag der Unternehmen und nicht zuletzt der Versicherungen zur Vermögensbildung und Vorsorge berichten.

Meine Damen und Herren,
in vielen – wenn auch nicht allen – wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Fragen sind uns die USA Maßstab. Das gilt jedenfalls für Aspekte des Kapitalmarktes, der kapitalgedeckten Altersversorgung und die Verbreitung von Belegschaftsaktien und Aktienoptionen. Zu den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Aspekte in den USA werden Professor Zöllner und Herr Viermetz ihre Sichtweisen und Erfahrungen zur Diskussion stellen. Die USA sind nicht nur das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, sondern auch das Land der Kontraste. Das dort herrschende Maß an materieller Ungleichheit scheint für die europäischen Gesellschaften zumindest diskussionswürdig. Und dennoch sehen wir Westeuropäer uns mit den Nordamerikanern in einer Wertegemeinschaft. Letztlich muss aber jede Gesellschaft für sich die Balance zwischen Eigenverantwortung des Individuums und Kompensation von Benachteiligungen finden.

Damit kommen wir zum ersten Vortrag unseres heutigen Symposiums. Frau Professor Lübke wird den fachlichen Teil mit einem philosophischen Kommentar zu den Begriffen „Eigenverantwortung“ und „Benachteiligung“ eröffnen. Frau Lübke ist Professorin für praktische Philosophie an der Universität Leipzig.

Wir freuen uns auf Ihren Vortrag, FRAU PROFESSOR LÜBBE.

REFERENTEN

Prof. Dr. Weyma Lübke

- geb. 1961 in Münster/Westfalen, seit 1971 in Einsiedeln/Schweiz.
1979 – 1984 Studium der Philosophie, Literaturwissenschaft, Soziologie und Volkswirtschaftslehre in Zürich, Konstanz und München.
Assistententätigkeit in den Fächern Soziologie und Philosophie, Promotion (1989) und Habilitation (1997) im Fach Philosophie an der Universität Konstanz.
1988 Promotionsstipendium der Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung,
1995 Habilitationsstipendium der DFG,
1997/98 Fellow am Wissenschaftskolleg zu Berlin,
1998 Heisenberg-Stipendium der DFG,
1999 Rudolf-Meimberg-Preis der Mainzer Akademie der Wissenschaften und der Literatur.
Ruf nach Leipzig zum Sommer Semester 1999, Ruf an die Universität St. Gallen im WS 1999/2000 (abgelehnt).

Prof. Dr. Michael Zöller

geb. 27.05.1946, r. kath., verh., 2 Kinder

Journalistische Tätigkeit

- | | |
|-----------|---------------------------------------|
| 1963 – 65 | Mitarbeiter einer Lokalzeitung |
| 1965 | Mitarbeiter beim Bayerischen Rundfunk |
| 1966/67 | Mitarbeiter der FAZ |
| 1970 – 73 | Redakteur der Zeitschrift für Politik |

Studium und beruflicher Werdegang

Studium der Soziologie, Politikwissenschaft, Philosophie und Geschichte in Frankfurt, Würzburg und München
Promotion zum Dr. phil. (summa cum laude) 1973 in München.
Für die Dissertation mit dem Hans-Constantin-Paulssen-Preis ausgezeichnet

- | | |
|-------------------|---|
| 1973 – 77 | wiss. Assistent bei Prof. Dr. Hans Maier |
| 1974 – 79 | Lehrbeauftragter an der Hochschule für Politik, München, |
| 1977 | Studienaufenthalt in USA (Fulbright-Stipendium) |
| 1977 – 79 | Habilitationsstipendium der Fritz-Thyssen-Stiftung |
| seit 1979 | Lehrstuhlinhaber an der Universität Bayreuth (Lehrstuhl für Politische Soziologie) |
| seit 1986 | Leitung der Thurnauer Kulturwissenschaftlichen Gespräche |
| seit 1989 | Leitung der Amerika-Forschungsstelle |
| 10/1994 – 12/1996 | zusätzlich an der Universität Erfurt (Max-Weber-Proffessur/Gründungsdirektor des Max-Weber-Kollegs) |
| Mai 1997 | Alois-Mertes-Preis des Deutschen Historischen Instituts Washington |

Arbeitsgebiete

Vergleichende Politik-Soziologie
Politische Theorie/Ideengeschichte
Religionssoziologie
U.S.A.

Hochschulpolitik, Selbstverwaltung, Beratung.

ASStA-Vorsitzender (Würzburg 1966/67)
Bundesvorsitzender des Bundes Freiheit der Wissenschaft (1973 – 1977)
Vertreter Bayerns im Deutschen Bildungsrat (1974/75)
Dekan 1988 – 1991
Mitglied des Akademischen Senats 1988 – 1994
Mitglied in Beiräten von Stiftungen und Instituten (z.B. Schleyer-Stiftung, Raymond-Stiftung, Henkel-Stiftung, Thyssen-Stiftung, Quandt-Stiftung, Volkswagen-Stiftung)
Wahl in den Stiftungsrat der Katholischen Universität Eichstätt 1994
Mitglied des Gründungssenates der Universität Erfurt
Mitglied der Bayerischen Kommission zur Evaluierung der außeruniversitären Forschungseinrichtungen
Honorarprofessor (Adjunct Ordinary Professor of Government) an der Catholic University of America, Washington D. C.
Vorsitzender, The Council on Public Policy

Mitgliedschaft in wissenschaftlichen Gesellschaften

Mont Pelerin Society
Deutsche Gesellschaft für Amerikastudien
Deutsche Gesellschaft für Politikwissenschaft
Deutsche Gesellschaft für Soziologie
Academia Scientiarum et Artium Europaea
Catholic Commission on Cultural and Intellectual Affairs
Wissenschaftliche Kommission der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle
Hayek-Gesellschaft

Gastaufenthalte

University of Notre Dame (Winter 1986/87)
University of Chicago, Committee on Social Thought (Herbst 1983,
1984, 1985, 1987, 1989, 1991, 1992, 1994)
Stanford University, Hoover-Institution (1988, 1993, 1995, 1996)
Catholic University, Washington D.C. (1993, 1997/98, 1999)
International Center for Economic Research, ICER, Turin (2000/01)
Woodrow Wilson Center, Washington D.C. (2001/02)

Veröffentlichungen (in Auswahl)

Die Utopie der neuen Intelligenz.
Der falsche Gegensatz zwischen Form und Freiheit. Köln 1974
Die Unfähigkeit zur Politik. Politikbegriff und Wissenschaftsverständnis
von Humboldt bis Habermas. Köln und Opladen 1975
Planung, Bildungspolitik und Arbeitsmarkt
(zusammen mit Armin Hegelheimer) Zürich 1977
Die Überforderung des Staates.
Plädoyer für eine freiheitliche Ordnungspolitik. Stuttgart 1977
Welfare - Das amerikanische Wohlfahrtssystem. Köln 1982
Massengesellschaft und Massenkommunikation.
Das Beispiel Amerika, Köln 1984
Das Prokrustes-System. Der organisierte Pluralismus als
Gewißheitsillusion. Opladen/Wiesbaden 1988
Washington und Rom. Der Katholizismus in der amerikanischen
Kultur. Berlin 1995 (Amerikanische Ausgabe: Washington and Rome.
Catholicism in American Culture. Notre Dame University Press 1999)
Bringing Religion Back In: Elements of a Cultural Explanation of
American Democracy, Washington D.C. 1998 (German Historical
Institute, Occasional Paper No. 21).

Kurt F. Viermetz

Kurt F. Viermetz wurde am 02. Mai 1999 zum Aufsichtsratsvorsitzenden der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank AG, München, berufen.

In New York war Kurt F. Viermetz bis zum 15. April 2000 Aufsichtsrat und Direktor of the Board von J.P. Morgan Incorporated. Bis zu seiner Pensionierung am 1. Januar 1998 füllte er als Vice Chairman des Boards die Rolle des Stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes der Morgan-Gruppe aus.

Nach ersten Bankerfahrungen bei der Deutschen Bank AG in Frankfurt trat Kurt Viermetz 1965 bei J.P. Morgan ein, arbeitete zuerst in Frankfurt als Assistant Treasurer, leitete ab 1970 als Vice President das internationale Geschäft der Filiale Paris, gründete ab 1975 im Auftrag Morgan's und anderer führender Banken in London die Saudi International Bank Ltd., leitete von 1977-1980 den weltweiten Devisenhandel Morgan's in New York, war dann verantwortlich für das deutsche und später das kontinentaleuropäische Geschäft Morgan's in Frankfurt, kehrte 1985 als Treasurer mit der Verantwortung für die weltweiten Aktivitäten der Bank im Devisen-, Swap-, Commodity- und Wertpapierhandel, im Zinsrisiko-Management und Investment-Portfolio zurück nach New York, bevor er am 01.01.1990 zum Vice Chairman des Vorstands- und Aufsichtsratskollegiums der Gruppe berufen wurde.

Kurt Viermetz ist zusätzlich zu seiner Verbindung der Hypo-Vereinsbank in München und zu J.P. Morgan in New York weiterhin auch Aufsichtsrat in Deutschland bei der E.ON AG in Düsseldorf. Er war viele Jahre auch im Aufsichtsrat der Hoechst AG tätig, zuletzt bis Mitte 1990 als Vorsitzender des Finanzausschusses des Aufsichtsrats. In London ist er Mitglied des Boards der Grosvenor Estate Holdings-Corporation. In der Schweiz war er jahrelang Mitglied des Internationalen Beirats der METRO-Holding AG in Zug.

Darüber hinaus begleitet Kurt Viermetz bis heute eine Reihe weiterer Funktionen in den Vereinigten Staaten und in Deutschland. Er ist Chairman des International Advisory Committee der New York Stock Exchange, Mitglied des International Capital Markets Advisory Committee der Federal Reserve Bank of New York, Trustee des American Institute of Contemporary German Studies in Washington, D.C., Mitglied des Boards of Directors des American Council of Germany in New York und Aufsichtsrat der New York Philharmonie Society. In Deutschland ist er Mitglied des Kuratoriums der Haniel-Stiftung in Duisburg.

Herr Viermetz stammt aus Augsburg und lebt heute in Rye, N.Y. und in München.

**Rürup, Bert, Prof. Dr. Dr. h.c.,
Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre**

(geb. am 7.11.1943 in Essen)

Studium der wirtschaftlichen Staatswissenschaften in Hamburg und Köln, Diplom-Kaufmannsexamen 1969 in Köln

- Von 1969 bis 1974 Assistent am Seminar für Finanzwissenschaft der Universität Köln
- 1974/75 freier wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Planungsabteilung des Bundeskanzleramtes
- Sommersemester 1975: Lehrstuhlvertretung „Finanzwissenschaft“ an der Universität Göttingen
- 1975 Professor für Volkswirtschaft – insbesondere Finanzwissenschaft – an der Universität Essen
- Seit Februar 1976 Professor für Volkswirtschaftslehre – insbesondere Finanzwissenschaft – an der Technischen Universität Darmstadt
- 1982/83 Consultant für die Bundesrepublik Deutschland bei der EG im Rahmen des Projektes „Social Policy under slow growth“
- 1.01.1986 bis 31.12.1991 Mitglied des Auswahl- und Bewilligungsausschusses für Sonderforschungsbereiche der Deutschen Forschungsgemeinschaft
- Seit SS 1988 Gastprofessor und Lehrbeauftragter der TU Wien sowie Lehrbeauftragter der Universität Wien und der Wirtschaftsuniversität
- 1990 – 1993 Gastprofessor an der TH Leipzig für „Wirtschaftspolitik und Finanzwissenschaft“
- Vom 1.02.1991 bis 26.10.1993 Gründungsdekan für den Fachbereich „Wirtschaftswissenschaften“ der TH Leipzig und der „Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät“ der Universität Leipzig
- Seit 1992 Gastprofessur an der Technischen Universität Bukarest
- Dezember 1992 - September 1998 Mitglied und wissenschaftlicher Berater der Enquetekommission des Deutschen Bundestages „Demografischer Wandel“
- 1993-1995 geld- und finanzpolitische Beratung des Präsidenten und der Regierung von Kasachstan

- Juni 1996 bis März 1998 Mitglied der Kommission der deutschen Bundesregierung „Fortentwicklung der Rentenversicherung“.
- Von Dezember 1995 bis November 1997 pensionspolitischer Berater des Sozialministeriums der Bundesrepublik Österreich zur Vorbereitung der Pensionsreform 1997
- Seit Februar 1999 Mitglied der Rentenreformkommission des deutschen Bundesarbeitsministers zur Vorbereitung der Rentenreform 2000
- Seit März 2000 Mitglied des „Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“
- Seit Juni 2000 Mitglied und seit September 2000 Vorsitzender des „Sozialbeirat für die Rentenversicherung“
- Seit April 2002 Vorsitzender der „Sachverständigenkommission zur Neuordnung der Altersbesteuerung“
- Herausgeber der
 - Sozialökonomischen Schriften (Lang-Verlag Zürich - New York - Frankfurt)
 - Taschenbuchreihe „Wirtschaft“ (Fischer Taschenbuch Verlag Frankfurt)

Zahlreiche Bücher, Gutachten (für das Bundeskanzleramt, das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, den Senat der Stadt Berlin, den nordrhein-westfälischen Landtag, das Hessische Finanzministerium, das österreichische Sozialministerium, das österreichische Finanzministerium, die Landesrechnungshöfe von Hessen und Thüringen sowie diverser Parteien) und Aufsätze zu Fragen und Problemen der öffentlichen Planung und Effizienzkontrolle, der Steuer- und Finanzpolitik, der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik und insbesondere der Konsequenzen des technologischen, sozioökonomischen und demografischen Wandels für das System der sozialen Sicherung und die Zukunft der staatlichen und privaten Alterssicherung. Mitglied in mehreren wissenschaftlichen Vereinigungen und Beratungsgremien. Mehrere Rufe an in- und ausländische Universitäten und Forschungseinrichtungen. Gutachten für mehrere wissenschaftliche Zeitschriften.

Gerhard Fels
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Geboren am 17. Juni 1939 in Baumholder/Kreis Birkenfeld. 1960 bis 1965 Studium der Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten in Bonn und Saarbrücken; Abschluss als Diplom-Volkswirt 1965 und Promotion zum Dr. rer. pol. 1969 an der Universität des Saarlandes.

Von 1969 am Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, zuletzt Stellvertreter des Präsidenten. 1976 bis 1982 Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; 1978 bis 1982 Mitglied des Committee for Development Planning der Vereinten Nationen (New York); seit 1981 Mitglied des Wissenschaftlichen Direktoriums des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.

1974 bis 1985 Honorarprofessor an der Universität Kiel, seither an der Universität Köln. Seit 1988 Mitglied der Group of Thirty, seit 1983 Direktor und Mitglied des Präsidiums des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln.

Zahlreiche Veröffentlichungen zur Konjunkturpolitik, Struktur- und Wachstumspolitik, Entwicklungspolitik und internationalen Wirtschaftspolitik.

Friedrich Merz

Vorsitzender der CDU/CSU Bundestagsfraktion

Geboren am 11. November 1955 in Brilon

röm.-kath.

verheiratet, 3 Kinder

Mitglied des Dt. Bundestages seit XIII. WP, 1994

Beruf: Rechtsanwalt

Stellvertretendes Mitglied

Vermittlungsausschuss (Art. 77 (2) GG)

11.11.1955	geboren in Brilon als Ältester von vier Geschwistern
1975	Abitur in Rüthen/Möhne
1975 – 76	Wehrdienst (Panzerartillerie)
1976 – 81	Studium Rechts- und Staatswissenschaften in Bonn
01/1982	Erstes juristisches Staatsexamen in Düsseldorf
1982 – 85	Referendardienst am Landgericht Saarbrücken
04/1985	Zweites juristisches Staatsexamen in Saarbrücken
1985 – 86	Richter, Amtsgericht Saarbrücken
seit 1986	Rechtsanwalt
1986 – 89	Verband der Chemischen Industrie Bonn/Frankfurt
1990	Eintritt in die Anwaltssozietät Leinen & Derichs, Oberlandesgericht Köln
1989 – 94	Mitglied des Europäischen Parlaments für den Bezirk Sauer-/Siegerland
seit 10/1994	Mitglied des deutschen Bundestages für den Hochsauerlandkreis
02/1996-09/1998	Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Finanzausschuss
seit 01/1997	Mitglied im Landesvorstand der CDU Nordrhein- Westfalen
1998	Berichterstatler der CDU/CSU-Fraktion für die Einführung des EURO
10/1998–02/2000	stellv. Vorsitzender der CDU/CSU Bundestags- fraktion
seit 11/1998	Mitglied des Bundesvorstandes der CDU
seit 29.02.2000	Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion

Hans Schreiber
Vorstandsvorsitzender, Mannheimer AG Holding

Jahrgang 1942, Studium der Psychologie, Dipl.-Psych.

- 1968 – 1972 IBM Deutschland GmbH, Stuttgart
Leiter der Abteilung „Personalforschung“
- 1973 – 1976 Allianz Versicherungs-AG, München
Leiter „Zentrale Personalabteilung“
- 1977 – 1987 Nordstern Versicherungsgruppe, Köln
Mitglied der Vorstände
- ab 01.09.1987 Mannheimer Versicherungsgruppe, Mannheim
Mitglied der Vorstände
- seit 17.08.1988 Vorsitzender der Vorstände
- ab 01.01.1998 Vorsitzender des Vorstands
Mannheimer Aktiengesellschaft Holding
Vorsitzender des Aufsichtsrats
Mannheimer Versicherung AG
Mannheimer Lebensversicherung AG
- ab 09.11.1999 Vorsitzender des Aufsichtsrats
mamax Lebensversicherung AG

255

Ehrenamtliche Tätigkeiten

- BDA Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Berlin
- seit 1991 Mitglied des Präsidiums
- seit 1999 Vizepräsident
- GDV Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V., Berlin
- seit 1991 Mitglied des Präsidiums
- agv Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen in
Deutschland, München
- seit 1973 Mitglied der Tarifkommission
- seit 1988 Mitglied des Vorstands
- seit 1991 Vorsitzender des Vorstands
- seit 2000 Mitglied des Universitätsrats der Universität Mann-
heim, Mannheim